aktuell

Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei vom 09.02.2006

Differenzierte Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst
GdP unterstützt die Vorschläge des Finanzministers

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die öffentlichen Äußerungen von Herr Stratthaus, differenzierte Lösungen im Tarifstreit des öffentlichen Dienstes zu finden, aufgegriffen.

In einem Brief an den Finanzminister schrieb dazu der GdP-Landesvorsitzende Josef Schneider: „Wie Ihnen sicher bekannt ist, arbeiten ca. 9.000 Polizeibeamtinnen und –beamten des Landes Baden-Württemberg im Wechselschichtdienst rund um die Uhr. Viele unserer Kolleginnen und Kollegen arbeiten in unterschiedlichen Bereichen höchst unregelmäßig und zum Teil überwiegend außerhalb der normalen Arbeitszeiten. Gestern habe ich bei der Bereitschaftspolizei erfahren, dass die Beamtinnen und Beamten der Einsatzabteilungen annähernd 70 Prozent ihrer gesamten Arbeitszeit außerhalb der Regelarbeitszeit ableisten. Die Gewerkschaft der Polizei hat in Kenntnis dieser Fakten seit Jahren Vorschläge in die politische Diskussion eingebracht, die Arbeitszeiten dieser Kolleginnen und Kollegen zu verkürzen. Wir haben dazu sowohl Vorschläge zur Regelung der Wochenarbeitszeit als auch zur Lebensarbeitszeit unterbreitet.“

„Leider hat die Landesregierung in der erst kürzlich beschlossenen Verordnung über die Arbeitszeit, den Urlaub und den Arbeitsschutz der Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter die bekannten Vorschläge der GdP nicht aufgegriffen. Hier hätte das Land als Arbeitgeber durch Regelungen im Beamtenbereich auch einmal positive Zeichen für Tarifverhandlungen setzen können, sagte der GdP-Chef dazu heute in Stuttgart.

Die GdP will seit Jahren erreichen, dass die wöchentliche Arbeitszeit für die Beschäftigen im operativen Dienst wieder auf 38,5 Stunden gesenkt wird. Die Alternative dazu wäre eine besondere Berechnung der Dienstzeit, die ggf. einen früheren Eintritt in den Ruhestand ermöglichen würde.

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Baden-Württemberg
Maybachstr. 2
71735 Eberdingen-Hochdorf

Rufnummer für Rückfragen:
Josef Schneider, Landesvorsitzender, mobil 0171/4669911